Ä37 zu EP-FR-01: C – WAS FRIEDEN SCHÜTZT

Antragsteller*innen Sava Stomporowski

Antragstext

Nach Zeile 375 einfügen:

Konflikte solidarisch durchstehen und unsere Interessen nicht zurückdrängen lassen

Russlands Angriffskrieg, die Zerstörung der ukrainischen Landwirtschaft durch Ökozide, ihre Nahrungsmittelproduktion und -versorgung, die Zerstörung der Infrastruktur, wie Binnen- und Meereshäfen sowie die Gefährdung ukrainischer Atomkraftwerke berühren in mehrfacher Hinsicht die Sicherheits-, Ernährungs- und Handelsinteressen vieler Staaten in und außerhalb Osteuropas. Russland will mit seinen Angriffen weltweit Krisen auslösen: Schwelende Konflikte werden angestachelt oder Hunger?, Wirtschafts- und Migrationskrisen ausgelöst, die viele Staaten hart treffen und die Europäische Union schwächen sollen. Wir stehen solidarisch auf der Seite der Ukraine und wollen darüber hinaus eine Verletzung unserer und weltweiter Sicherheitsinteressen nicht hinnehmen. Russische Drohnen greifen zwar in erster Linie die ukrainische Infrastruktur an, sie fallen aber auch auf EU- und NATO-Territorium, wie in Rumänien. Damit greift nicht die NATO Russland an, sondern Russland verletzt NATO-Territorium. Wenn EU- und NATO-Grenzen verletzt werden, dürfen wir nicht wegschauen. Solche Formen der Zurückdrängung müssen wir proaktiv verhindern. Wir wollen unsere Weltmeere für Getreideexporte und internationalen Handel offen halten und die Sicherheit von Atomkraftwerken gewährleistet wissen. Ein Hinnehmen und passives Abwarten würde jeden Aggressor sukzessive in eine Position der Stärke bringen. Für diese international sensiblen Bereiche wollen wir über die generellen militärischen Zusagen hinaus die Verteidigung sicherstellen und Angriffe durch unterstützende Maßnahmen proaktiv verhindern.

Begründung

Der Osteuropaexperte vom Stockholmer Institut für Osteuropastudien, Andreas Umland, hatte mehrfach darauf öffentlich verwiesen, dass der Westen z.B. durch den Angriffskrieg Russlands seine eigenen Interessen vernachlässigt und hat einige

dieser Punkte ausgearbeitet. Neben dem Getreideabkommen, das viele Staaten in eine Hungerkrise stürzen, oder dem Atomkraftwerk Saporischschia, das durch einen Beschuss zu einer nuklearen Katastrophe führen würde, betrifft dies auch die internationalen Botschaften in Kyiw, den Wiederaufbau durch unsere Mittel etc. In diesem Kontext hatte er vorgeschlagen, unsere Interessen durch beispielsweise eine No-Fly-Zone zu verteidigen (siehe z.B. hier: https://archive.ph/csmS5#selection-2149.0-2149.182). Eine No-Fly-Zone würde sicherlich zu einer nicht einzuschätzenden Gefahr eingestuft und nicht angenommen werden. Dennoch können wir durch konkret definierte Probleme und weltweite Interessen konkrete Belange identifizieren und Maßnahmen unterhalb einer solchen No-Fly-Zone entwickeln.

In jüngster Zeit konnten von ukrainischer Seite erfolgreiche Angriffe auf die Krim ausgeführt werden, die wichtige russische Infrastruktur, ein U-Boot und ein weiteres Kriegsschiff zerstören konnten. Russland wurde daher genötigt, sich auf dem Meer weiter zurückzuziehen. Aufgrund dessen konnten bereits erste Getreideschiffe trotz des geplatzten Getreidedeals Odesa verlassen. Dies ist ein exemplarisches Beispiel dafür, inwiefern erste Getreideexporte ohne Deal nunmehr wieder möglich geworden sind, aber weiterhin riskant bleiben.
Der Beschuss der ukrainischen Binnenhäfen durch Drohnen, die an der rumänischen Grenze liegen, zerstören nicht nur ukrainische Infrastruktur, sondern sind auch unser Problem. Ein Bestehen auf die Unversehrtheit der NATO-Grenzen würde Russland zu mehr Vorsicht mit Drohnenangriffen drängen, was wiederum der Ukraine die Verteidigung etwas erleichtern würde, da sie teilweise aus dieser Ecke kommen.

(Ich habe den Antrag noch einmal etwas umgearbeitet und hoffe, dass er verständlicher geworden ist).